

Sitzung 10: Die „Stunde Null“ und die Entstehung zweier Wirtschaftssysteme

1. Die Lage der Wirtschaft

Im Mai 1945 hatte die Wirtschaft Deutschlands einen vorläufigen Tiefpunkt erreicht. Nach Kriegsende wurde die desolate Situation weiter verschärft: umfangreiche Gebiete (ca. 25 % der Fläche von 1937) wurden von Deutschland abgetrennt, die dort ansässige deutsche Bevölkerung floh oder wurde vertrieben (ca. 11 Mio. Menschen), durch Krieg und Auswanderung war die Bevölkerung zwischen 1939 und 1945 um ca. 8 Mio. Menschen geschrumpft und durch die Teilung des Gebietes in vier Besatzungszonen wurden Wirtschaftsverbindungen gekappt. Insgesamt betrug die Kapazität der deutschen Wirtschaft bei Kriegsende rund 70 – 80 % der Kapazität von 1937, die industrielle Kapazität war auf etwa 30 – 35 % zurückgefallen. Große Teile der landwirtschaftlichen Nutzfläche waren verloren gegangen, gleichwohl sah die anfängliche alliierte Wirtschaftspolitik, geprägt durch den Morgenthau-Plan, die Rückentwicklung Deutschlands zum Agrarland vor.

Die Jahre 1945-49 waren Jahre der Not, in denen die Grundversorgung der Bevölkerung mit Nahrung, Wohnraum und Kleidung kaum gesichert war. Durch den Zustrom von Flüchtlingen erhöhte sich die Bevölkerungszahl auf dem späteren Gebiet der BRD von 39,3 Mio. (1939) auf 43,7 Mio. (1946) und 46,8 Mio. (1949). Die Flüchtlinge konzentrierten sich in Norddeutschland; beispielsweise war 1945 in Schleswig-Holstein 1/3 der Bevölkerung nicht ortsansässig. Deutschland war bereits vor dem Krieg nicht in der Lage sich autark zu ernähren; nun waren große Agrargebiete im Osten verloren. Des Weiteren sanken die Bodenerträge, da Dünger nicht zur Verfügung stand. Auch der Viehbestand war stark gefallen. Insgesamt fiel die landwirtschaftliche Produktion zwischen 1939 und 1947-48 um 28 %. Die inländische Produktion konnte damit nur 35-40 % der Normalversorgung bzw. 60 % der geplanten Ration (von 1.550 Kalorien pro Tag) bereitstellen. Es standen somit aus inländischer Produktion lediglich ca. 900 Kalorien pro Tag zur Verfügung. Ebenso schlecht war die Wohnungsversorgung. Während des Krieges wurden über 20 % des Wohnraumes zerstört. Nach 1945 wuchs, vor allem aufgrund der Flüchtlingsströme, die Nachfrage nach Wohnraum erheblich. Die Zahl der Einwohner je Wohnung stieg von 3,7 (1939) auf 5,6 (1946), also um über 50 %. Bis 1949 trat auf diesem Gebiet keine Besserung ein. Noch zu diesem Zeitpunkt war etwa jede dritte Familie ohne eigene Unterkunft. Darüber hinaus war die Versorgung mit Kleidung und Hausrat kaum möglich, Energie (Kohle, Gas, Elektrizität, Holz) zum Heizen und Kochen stand nur eingeschränkt zur Verfügung. Es kam überall zu Hungerprotesten, beispielsweise besuchten 120.000 Menschen in Hamburg eine Gewerkschaftskundgebung. In Köln rechtfertigte Kardinal Frings die unkonventionelle Beschaffung von Lebensmitteln.

Auch die Produktionsseite litt unter den Kriegsfolgen. Die Kapazitäten waren während des Krieges durch unterlassene Ersatzinvestitionen ebenso geschrumpft wie durch Kampfhandlungen und Bombenangriffe; nach Kriegsende kamen Reparationen hinzu. Die Unterversorgung mit Rohstoffen und Vorprodukten (z.T. aufgrund des Devisenmangels) führte zur Unterausnutzung vorhandener

Kapazitäten. Schließlich war die Versorgung mit Arbeitskräften ein Problem: neben Gebieten mit Arbeitskräfteüberschuß standen Gebiete mit Arbeitskräftemangel; viele erwerbsfähige Männer waren im Krieg gefallen oder befanden sich in Gefangenschaft; die Freizügigkeit im Lande war eingeschränkt. Hinzu kam mangelnde Lagerhaltung, wodurch die Produktionstätigkeit erheblich schwankte: in den letzten Kriegsmonaten waren Lagerbestände verbraucht worden, die niedrige Produktion erschwerte die Akkumulation neuer Lagerbestände, die zunehmende Geldentwertung förderte die Hortung von Sachbeständen. Durch all diese Faktoren sank die Industrieproduktion im Jahre 1946 auf ca. 30 % des Niveaus von 1938. Der Tiefpunkt wurde 1947 erreicht. In diesem Jahr litt die Bevölkerung vielfältig: die Industrieproduktion blieb niedrig; der Winter war extrem kalt (bei Brennstoffmangel), die Ernte 1947 fiel sehr niedrig aus (kalter Winter; wenig Niederschläge).

Die Not konnte nur durch die Hilfe der Besatzungsmächte gelindert werden. Vor allem die USA finanzierten Nahrungsmittelhilfe und sie stellten auch die notwendigen Sachgüter (vor allem Mais) zur Verfügung. Die Nothilfe indiziert bereits die Abkehr von den frühen wirtschaftspolitischen Konzepten: der Lebensstandard der westdeutschen Bevölkerung sollte gesteigert werden, um die „kommunistische Gefahr“ abzuwenden.

2. Wirtschaftspolitische Konzeptionen

Ziel der alliierten Wirtschaftspolitik war zunächst, die deutsche Wirtschaft zu zerschlagen, insbesondere um die Basis für eine Militärmacht zu beseitigen. Daneben spielte, vor allem bei französischen und britischen Politikern, die Verdrängung deutscher Firmen vom Weltmarkt eine wichtige Rolle. Des weiteren sollte der Lebensstandard in Deutschland gesenkt werden, vor allem als Strafe für das Leid, das deutsche Truppen über andere Länder gebracht hatten.

Bereits seit Sommer 1941, also noch vor dem Kriegseintritt der USA, entwickelten britische und US-amerikanische Politiker in der „Atlantik-Charta“ das Bild einer zukünftigen Weltordnung. Der amerikanische Kriegsminister Stimson ging von der Überlegung aus, daß man Deutschland nicht so behandeln dürfe, wie Deutschland die besetzten Gebiete behandelte. Es müsse jedoch eine Aufgliederung des deutschen Gebietes in mehrere Staaten erfolgen, denn nur so könne die deutsche Militär- und Wirtschaftsmacht langfristig zerschlagen werden. In diesem Sinne wich man also vom Grundprinzip der „Atlantik-Charta“, nämlich vom Selbstbestimmungsrecht der Völker, ab. Andererseits sollte, so Stimson, die deutsche Industrie erhalten bleiben, denn nur so seien Reparationszahlungen gewährleistet und ein Lebensstandard der deutschen Bevölkerung über dem Existenzminimum gesichert.

Ein zweiter wichtiger Plan wurde im September 1944 auf einer Konferenz in Quebec vom amerikanischen Finanzminister Henry Morgenthau vorgelegt; dieser Plan wurde jedoch bereits wenige Wochen später durch Roosevelt und Churchill abgelehnt. Da der Morgenthau-Plan bei Kriegsende das einzige ausgearbeitete Konzept für die künftige Wirtschaftspolitik war, gewann er dennoch zwischenzeitlich praktische Relevanz. Der Plan sah Gebietsabtretungen Deutschlands an die

Sowjetunion, Polen, Dänemark und Frankreich vor; die dort lebenden Menschen sollten vertrieben werden. Das Restgebiet sollte in mehrere Zonen aufgeteilt werden. Zur Vernichtung des Kriegspotentials sollte die industrielle Fertigung im Saar- und Ruhrgebiet untersagt werden; eine alliierte Kontrollinstanz sollte den Abbruch der Industrieanlagen überwachen. Die an Saar und Ruhr lebenden Menschen sollten durch Hunger, nicht durch Gewalt zur Migration bewogen werden. Deutschland sollte zu einem vorwiegend Ackerbau und Viehwirtschaft treibenden Land werden, denn *„Deutschlands Weg zum Frieden führt über den Bauernhof.“*

Interalliierte Verhandlungen über die künftige Wirtschaftsordnung wurden bereits vor Kriegsende auf den Konferenzen von Teheran (November / Dezember 1943) und Jalta (Februar 1945) geführt. Dort wurde beschlossen, daß polnische Gebietsverluste an die Sowjetunion durch deutsche Gebietsabtretungen ausgeglichen werden sollten, daß ein gemeinsamer Kontrollrat mit Regierungsfunktion für das gesamte Deutschland zu bilden sei sowie daß Reparationen zu zahlen seien. Diese Ergebnisse wurden auf der Konferenz von Potsdam (Juli / August 1945) im wesentlichen bestätigt. Ergänzend wurden Umsiedlungsmaßnahmen aus den Ostgebieten gutgeheißen. Man konnte sich jedoch nicht auf die Festlegung von Reparationsleistungen einigen. Einzig der Sowjetunion, die am stärksten unter dem Krieg gelitten hatte, wurde ein Anspruch in Höhe von 10 Mrd. USD eingeräumt; dieser wurde bis 1953 größtenteils aus der eigenen Besatzungszone gedeckt. Die Sowjetunion erhielt durch Demontagen und Sachleistungen allerdings ca. 10 % der Leistungen aus den Westzonen (bis 1951). Ferner sollten Großkonzerne entflechtet werden (z.B. Zerschlagung der Großbanken in regionale Teilinstitute; Zerlegung der IG Farben). Die Hauptziele der Alliierten lassen sich in vier Schlagworte fassen: Entmilitarisierung, Entnazifizierung, Demokratisierung und Dezentralisierung (z.B. Auflösung von Preußen).

Im März 1946 stellten die vier Besatzungsmächte einen ersten Industrieplan auf. Die Produktion sollte 65 % des Niveaus von 1936 nicht überschreiten, d.h. sie sollte auf dem Niveau des Krisenjahres 1932 festgeschrieben werden. Industrien, die Rüstungsgüter herstellen konnten, wurden gänzlich untersagt (z.B. Luftfahrzeuge, Werften, Kugellager, schwere Werkzeugmaschinen). Für andere Branchen wurde die Produktion lediglich eingeschränkt bewilligt (Stahlindustrie, Elektroindustrie, Automobilindustrie). Andere Industriezweige unterlagen zwar keiner formalen Produktionsbeschränkung, ihre Tätigkeit wurde faktisch jedoch durch Rohstoffknappheit beschränkt (z.B. Textilindustrie, da keine Baumwolleinfuhr). Einige Wirtschaftszweige wurden ausdrücklich gefördert, beispielsweise die Steinkohleförderung; allerdings sollte die Produktion teilweise Lücken in den westeuropäischen Ländern schließen. Die Industriepolitik führte freilich zu unausgenutzten Kapazitäten, so daß Anlagen zur Demontage freigegeben werden konnten. Aufgrund der zunehmenden Gegensätze zwischen den drei Westmächten und der UdSSR wurde dieser Plan nicht umgesetzt. Auch Frankreich lehnte den Industrieplan ab: für Paris stand der Wiederaufbau des eigenen Landes durch deutsche Lieferungen an erster Stelle. Andere Teile des Plans betrafen die Beschlagnahme des deutschen Auslandsvermögens und die entschädigungslose Übergabe der deutschen Kriegs-, Luft- und

Handelsflotte als Kriegsbeute. Zugleich wurden Ordnungskomponenten des nationalsozialistischen Kriegswirtschaftssystems beibehalten: weder die bürgerliche Rechtsordnung noch die Zentralverwaltungswirtschaft wurden in Frage gestellt; Lohn- Preisstopp blieben bestehen, ebenso die Bewirtschaftung von Kleidung, Lebensmitteln, Wohnraum, Grund-, Roh- und Betriebsstoffen. Bewirtschaftete Waren mußten abgeliefert werden, die Kontrolle des Außenhandels- und Devisenverkehrs blieb bestehen.

3. Die Währungs- und Wirtschaftsreformen in den Westzonen

Auf der alliierten Außenministertagung (April bis Juli 1946) stellten die Sowjets fest, daß die Deutschlandfrage nur unter kommunistischen Vorzeichen zu lösen sei. Daraufhin gab der amerikanische Außenminister Byrnes am 6. September 1946 die Gründung der britisch-amerikanischen Bi-Zone bekannt; die beiden Zonen galten nunmehr als einheitliches Wirtschaftsgebiet. Ziel war es, den kommunistischen Einfluß in Europa zurückzuhalten und die Versorgung der deutschen Bevölkerung zu verbessern. Gleichzeitig bezog Byrnes Stellung zu französischen Forderungen: die Abtretung des Ruhrgebiets und der linksrheinischen Gebiete an Frankreich lehnte er ab, das Saarland hingegen könne wirtschaftlich Frankreich angegliedert werden. Die Gegensätze mit Frankreich konnten jedoch zunehmend abgebaut werden und 1948 entwickelte sich die Bi- zur Trizone.

Ein wesentliches Problem war die zurückgestaute Inflation, verursacht durch die „geräuschlose Kriegsfinanzierung auf Pump“ bei gleichzeitigen Lohn- und Preiskontrollen. Dadurch hatte die Reichsmark ihre Funktion als Knappheitsindikator (und als Tauschmittel) verloren. Durch die Ausgabe von Besatzungsgeld wurde der hohe Bargeldbestand in Deutschland weiter erhöht. Erst im Verlauf der Besatzungszeit gingen die Alliierten dazu über, ihre Truppen in Heimatwährung zu besolden. Der Notenumlauf hatte sich zwischen 1939 und 1945 von 9 Mrd. RM auf 60 Mrd. RM erhöht, die Buchgeldverbindlichkeiten des Bankensektors waren von 45 Mrd. RM auf 160 Mrd. RM gestiegen, die Spareinlagen von 18 Mrd. RM auf 100 Mrd. RM. Von diesen insgesamt 320 Mrd. RM waren allerdings 1948 nicht mehr verfügbar: 35-40 Mrd. RM Buchgeld und Spareinlagen in den verlorenen Ostgebieten, 70 Mrd. RM durch Sperrung aller Bankkonten in der SBZ, durch Kriegshandlungen zerstörte Banknoten im Umfang von ca. 5 – 10 Mrd. RM. Hinzu kamen allerdings 15 – 18 Mrd. RM an Besatzungsgeld, so daß 1948 ca. 220 Mrd. RM in der Trizone umliefen. Ein entsprechendes Güterangebot stand dem nicht gegenüber.

Das Ausmaß der verdeckten Inflation wird durch den Vergleich von offiziellen Preisen und Schwarzmarktpreisen verdeutlicht: so kostete 1 kg Fleisch 1947 offiziell 2,20 RM, auf dem Schwarzmarkt hingegen 60 – 80 RM (1 kg Brot: 0,37 RM vs. 20 – 30 RM; 1kg Kartoffeln 0,12 RM vs. 4 RM). Viele Güter waren offiziell nicht zu erhalten, so daß der Schwarzmarkt blühte.

Tauschmittel auf dem Schwarzmarkt war die Zigarette: 1 amerikanische Zigarette konnte in 1 kg Kartoffeln getauscht werden, 1 kg Brot kostete 6 amerikanische bzw. 9 französische Zigaretten. Zigaretten haben den Vorteil einer begrenzten Umlaufmenge, denn letztendlich wurden sie konsumiert.

Bereits Ende 1945 wurden im Alliierten Kontrollrat Währungsreformgespräche aufgenommen; auch deutsche Wirtschafts- und Währungsexperten sowie Bankiers wurden hinzugezogen. Von den insgesamt 218 Reformvorschlägen wurden 30 von einer amerikanischen Expertengruppe (Colm-Dodge-Goldsmith; Joseph Dodge, Finanzberater von General Lucius D. Clay; Raymond Goldsmith, Yale-Professor). Am 20. Mai 1946 präsentierte General Clay einen Währungsplan, der für ganz Deutschland gelten sollte. Die Verhandlungen begannen im September 1946 im alliierten Kontrollrat; alle vier Parteien waren grundsätzlich mit dem Plan einverstanden. Es gab jedoch Differenzen zwischen den vier Mächten: Frankreich wollte eine zu starke deutsche Abwertung verhindern (Gefahr für französische Produzenten) und lehnte eine Befreiung von der Staatsschuld ab. Für Großbritannien stellte der Währungsschnitt einen zu starken Eingriff in das Privateigentum dar. Letztendlich scheiterte der Plan am amerikanisch-sowjetischen Gegensatz über den Druckort: die Sowjetunion forderte Notenpressen in Leipzig und Berlin, die USA fürchteten den alleinigen sowjetischen Zugriff auf die Notenpresse in Leipzig. Als die sowjetische Zonenverwaltung zudem Anfang 1947 verstärkt Preiskontrollen einführt, schien ein Alleingang der Westzonen notwendig. Die endgültige Entscheidung fiel im September 1947 in Washington, vor allem nachdem Gerüchte aufkamen, daß die Sowjets bereits mit dem Druck einer eigenen Währung begonnen hätten.

Am 1. März 1948 nahm die Bank deutscher Länder als Zentralinstitut der zuvor geschaffenen Landeszentralbanken ihre Tätigkeit auf. Die Westalliierten beschlossen, die Währungsreform am 20. Juni 1948 durchzuführen. Mit diesem Tag löste die Deutsche Mark die Reichsmark ab. Mit diesem Tag wurden zudem: alle Forderungen des Deutschen Reiches gestrichen, die Nostro-Guthaben der Geldinstitute erloschen, die Forderungen und Verbindlichkeiten wurden abgewertet, die Verfügungsmöglichkeiten über Aktiva außerhalb des Währungsgebietes wurden eingeschränkt. Die Reichsmarkbestände wurden zunächst 100:5 im Juni 1948, später 100:6 (Oktober 1948) und schließlich 100:6,5 (1953) getauscht. Insgesamt wurden 110 Mrd. RM Spar- und Sichteinlagen sowie 13,5 RM Bargeld getauscht. Zudem wurden jedem Einwohner 60 RM in 60 DM umgetauscht. Die Arbeitgeber erhielten einen Kredit in Höhe von 60 DM je Arbeitnehmer, die Altgeldguthaben der öffentlichen Hand wurden gestrichen; öffentliche Einrichtungen erhielten zwischen 1/6 (Gebietskörperschaften) und 1/12 (Bahn, Post) der Ist-Einnahmen vom Oktober 1947 – März 1948 als Betriebsmittel. Einige Zahlungsverhältnisse wurden 1:1 (Arbeitseinkommen, Mieten, Renten) umgestellt, die meisten jedoch mit 10:1 abgewertet. Das neue Geldvolumen betrug rund 13 Mrd. DM. Ein Spezialproblem stellt die Sanierung des deutschen Finanzsystems durch Ausgleichsforderungen dar. Im Rahmen der „geräuschlosen Kriegsfinanzierung“ hatten Kreditinstitute, Banken und Versicherungen einen großen Teil ihrer Aktiva in Staatsschuldtitel investiert (ca. 60 %). Diese wurden

durch die Währungsreform wertlos, so daß den Instituten ein untragbarer Verlust entstand. Das Umstellungsgesetz vom 27. Juni 1948 legte daher einen Ausgleich fest: die betroffenen Institute erhielten Ausgleichsforderungen gegen den Staat. Diese richteten sich zunächst gegen das Bundesland, in dem das Institut seinen Sitz hatte; 1949 gingen sie an die Bundesregierung über. Zum Jahresende 1948 betragen die Ausgleichsforderungen ca. 5,4 Mrd. DM.

Parallel zur Währungsreform, die von den Westalliierten alleine geplant und durchgeführt worden war, verabschiedete der Wirtschaftsrat (Vorläufer des Bundestags, Sitz in Frankfurt am Main) am 24. Juni 1948 das sogenannte „Leitsatzgesetz“. Die drei ersten Leitsätze waren besonders wichtig:

- Der Freigabe der Bewirtschaftung ist vor ihrer Beibehaltung der Vorzug zu geben.
- Der Freigabe der Preise ist vor der behördlichen Festsetzung der Vorzug zu geben.
- Soweit der Staat den Verkehr mit Waren und Leistungen nicht regelt, ist dem Grundsatz des Leistungswettbewerbs Geltung zu verschaffen.

Diese Maßnahmen waren kaum mit den Alliierten abgestimmt gewesen, führten aber zu „vollen Schaufenstern“ unmittelbar nach der Währungsreform. Dies sicherte den Erfolg der neuen Währung psychologisch ab.

Parallel zur Wirtschafts- und Währungsreform setzte auch der Marshall-Plan ein. Dieser war vom amerikanischen Außenminister George C. Marshall am 5. Juni 1947 bei einer Rede vor Harvard-Studenten bekannt gegeben worden. Er sollte durch eine Wirtschaftshilfe Europa helfen, dem Kommunismus zu widerstehen (wirtschaftspolitische Fundierung der Truman-Doktrin). Das European Recovery Program (ERP) wurde über die eigens dafür geschaffene Organization of European Economic Cooperation (OEEC, heute OECD) abgewickelt. Zwischen 1948 und 1952 flossen insgesamt 14,7 Mrd. USD nach Europa, davon knapp 1,6 Mrd. USD als nicht-rückzahlbare Finanzhilfe nach Deutschland. Diese Hilfe war zwar zunächst sehr gering, half aber die Dollarlücke zu schließen. Die Mittel flossen in Landwirtschaft und Ernährung (42 %), Industrie und Handwerk (50 %), Transportkosten der Lieferungen (8 %). Aus den zurückfließenden Geldern bildete die BRD das ERP-Sondervermögen, aus dem noch heute Staatsbeihilfen zur Wirtschaftsförderung bezahlt werden.

4. Die Währungs- und Wirtschaftsreformen in der SBZ

Bereits im Sommer 1945 begann die Sowjetunion mit der Transformation des Wirtschaftssystems in ihrem Einflußbereich: Großindustrie, Banken, Versicherungen und landwirtschaftliche Großbetriebe wurden enteignet. Gleichzeitig begann die Demontage von Industrieanlagen. Die Rechtsgrundlage hierfür war auf der Potsdamer Konferenz im August 1945 geschaffen worden; der Sowjetunion wurden 10 Mrd. USD an Reparationen zuerkannt. Diese Leistungen wurden durch Demontagen (ca. 5 Mrd. Mark; 40 % des industriellen Produktionspotentials), Sachlieferungen (ca. 35 Mrd. Mark), Käufe mit erbeutetem Geld und Besatzungsgeld (ca. 15 Mrd. Mark), Gewinnentnahmen aus Sowjet-Aktiengesellschaften (ca. 3 Mrd. Mark) und Rückkauf der Sowjet-Aktiengesellschaften durch die DDR (2,55 Mrd. Mark) erfüllt. Insgesamt zahlte die SBZ / DDR somit zwischen 1945 und 1953 rund

60 Mrd. Mark an Reparationsleistungen. Im Frühjahr und Sommer 1946 wurden 200 große Industriebetriebe demontiert, darunter auch solche, deren Produktion für die Friedenswirtschaft wichtig war, z.B. aus der Textil- und Nahrungsmittelindustrie. Ende 1946 / Anfang 1947 folgten weiteren Demontagen, z.B. die des Zeisswerkes in Jena. Die dritte Demontagewelle ab Herbst 1947 betraf vor allem Unternehmen der Grundstoffindustrie (Förderanlagen von Braunkohlewerken). Neben den Demontagen ging ein Großteil der industriellen Produktion in die Sowjetunion; 1946-47 wurde ca. $\frac{1}{4}$ des gesamten Volkseinkommens in die Sowjetunion transferiert.

Die wirtschaftliche Entwicklung wurde in der SBZ 1945-49 durch mehrere Faktoren negativ beeinflusst. Ebenso wie im Westen gab es auch in der SBZ eine Unterversorgung mit Rohstoffen. Die Demontage von Produktionsanlagen verringerte die Kapazität. Zudem wurden zahlreiche Großunternehmen in Sowjet-Aktiengesellschaften umgewandelt, deren Produktion der Sowjetunion zugute kam. Desweiteren wurden unternehmerische Anreize durch Sozialisierung verringert. Trotzdem entwickelte sich die Industriegewirtschaft im Osten zunächst besser als im Westen: bereits 1946 war wieder 60 % der Industrieproduktion von 1936 erreicht worden (Westen: 35 %).

Den Beginn der Sozialisierung markierte die Enteignung der Großbetriebe und deren Umwandlung in Sowjet-Aktiengesellschaften im Juni 1945. Insgesamt wurden 25 solcher Aktiengesellschaften mit 213 Betrieben geschaffen, die zusammen rund 30 % der großindustriellen Produktionskapazität ausmachten. Zu den Sowjet-AGs gehörte die gesamte Großchemie (z.B. Leuna), 80 % des Kalibergbaus sowie 50 % der Elektroindustrie, der Stahlverarbeitung und des Fahrzeugbaus. Außerdem wurden neue Betriebe als Sowjet-AG gegründet; anzuführen ist hier vor allem der militärstrategisch wichtige Uranbergbau. 1952 beschäftigten die Sowjet-AGs ca. 500.000 Menschen. Ebenso wurden bereits ab 1945 mittelständische Unternehmen sozialisiert. Im Mittelpunkt standen dabei zunächst Unternehmen mit „wichtiger Produktion“. Grundlage der Enteignung war die nationalsozialistische Einbindung der Unternehmer. Bereits 1949 waren 70 % der im Industriesektor Beschäftigten in sozialisierten Betrieben tätig.

Auch die Banken wurden früh verstaatlicht. Zunächst wurden im Sommer 1945 alle Banken geschlossen, anschließend wurden sie reorganisiert und wieder eröffnet. Es entstanden ähnlich den Landeszentralbanken im Westen fünf Emissions- und Girobanken. Genossenschaftsbanken und Sparkassen wurden in Anknüpfung an alte Einrichtungen neu gegründet (zuvor Enteignung am 21. Juli 1945). Die Privatbanken wurden noch 1945 in öffentliches Eigentum überführt. Im Mai 1948 wurde auf überregionaler Ebene die Deutsche Emissions- und Girobank gegründet, die ab Juli 1948 als Deutsche Notenbank firmierte (ab 1968: Staatsbank der DDR).

Im Herbst 1945 begann der Übergang in die Vorstufe der sozialistischen Landwirtschaft. Ausgangspunkt war eine umfassende Bodenreform, die vom 2. bis 13. September in den fünf Ländern (Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen) durchgeführt wurde. Enteignet wurden Großgrundbesitzer, Kriegsverbrecher, Kriegsschuldige und Nationalsozialisten. Erfasst wurden 7.112 Güter mit einer Nutzfläche von über 100 ha (zusammen 2,6 Mio. ha), 4.278 Höfe

mit weniger als 100 ha Nutzfläche (zusammen 0,124 Mio. ha) und 0,6 Mio. ha öffentliches Bodeneigentum. Insgesamt betraf die Bodenreform damit ca. 3,3 Mio. ha, ca. 40-45 % der gesamten Agrarfläche. Die Verwendung der Fläche läßt sich drei Gruppen zuordnen: 1,7 Mio. ha wurden für 200.000 Neubauernhöfe mit durchschnittlich 8,5 ha verwendet, darunter 90.000 Höfe für Aussiedler aus den Ostgebieten. 500.000 ha wurden zur Versorgung von 335.000 Landarmen mit durchschnittlich 1,5 ha verwendet; die verbleibende Fläche wurde zur Gründung von 550 Volkseigenen Betrieben bzw. Volkseigenen Gütern verwendet. Kleinere Betriebe wurden durch die Förderung von Genossenschaften unterstützt: die Maschinen zerschlagener Großgüter wurden in „Maschinen-Ausleih-Stationen“ eingebracht, „Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe“ organisierten bzw. lenkten den Bezug von Saatgut und Düngemitteln sowie den Absatz der Agrarprodukte. Zudem wurden zinsgünstige Kredite im Umfang von rund 1 Mrd. Mark bewilligt. Aus ökonomischer Sicht stellte insbesondere die Einrichtung von neuen Kleinbauernhöfen eine Verschwendung knapper Ressourcen dar, denn mittelfristig sollte die gesamte Landwirtschaft nach sowjetischem Vorbild in volkseigene Großbetriebe überführt werden. Politisch ist die Maßnahme jedoch zu verstehen: durch die Zuteilung von Land wurden kleinbäuerliche Schichten an die neuen Machthaber gebunden. Im Nachhinein begründete die sozialistische Wirtschaftsgeschichtsschreibung die Einrichtung von neuen Kleinbauernhöfen mit dem Mangel an Düngemitteln und Maschinen, so daß nur eine menschenintensive Bebauung möglich war.

Nahezu gleichzeitig mit der Währungsreform in der Trizone wurde auch in der SBZ eine neue Währung eingeführt. Am 23. Juni 1948, drei Tage nach der Reform im Westen, wurde die Deutsche Mark der Deutschen Notenbank eingeführt. Ähnlich wie im Westen gab es auch in der SBZ einen gestaffelten Umtausch: 70 RM wurden 1:1 getauscht (also 10 RM mehr als im Westen), Sparkonten bis 100 RM wurden ebenfalls 1:1 umgetauscht, Sparkonten mit 100 bis 1.000 RM wurden 1:5 umgewandelt, Sparkonten über 1.000 RM wurden 1:10 umgetauscht, wobei ab 5.000 RM ein Erwerbsnachweis geführt werden mußte; die meisten dieser Konten wurden vom Umtausch ausgeschlossen. Guthaben der öffentlichen Haushalte und der volkseigenen Betriebe stellte man 1:1 um, industrielle Unternehmen erhielten eine Wochenlohnsumme sowie alle Lohnrückstände 1:1. Wer noch Schulden hatte behielt diese: sie wurden ebenfalls 1:1 umgewandelt.

Sitzung 11: BRD I – Wirtschaftswunder und Westintegration

I. Stilisierte Fakten: Die Wirtschaftsentwicklung 1949 – 1973

Die ersten Jahre und Jahrzehnte der bundesdeutschen Wirtschaftsentwicklung sind durch einen rasanten Aufschwung gekennzeichnet („Wirtschaftswunder“). Kennzeichen dieser Periode sind ein starker und schneller Anstieg des Pro-Kopf Volkseinkommens, ein schneller Rückgang der Arbeitslosigkeit, ein ausgeprägter Strukturwandel sowie der Aufbau ausgedehnter außenwirtschaftlicher Beziehungen. Mitverantwortlich für diesen raschen Aufschwung war sicherlich die neue Wirtschaftsordnung, die „Soziale Marktwirtschaft“. Andere Faktoren waren der große und schnell wachsende Humankapitalstock, die schnelle Anbindung an alte Exportmärkte, die traditionelle Ausrichtung der deutschen Wirtschaft auf dringend benötigte Investitionsgüterproduktion sowie die Möglichkeit zu erheblichen technischen Neuerungen (aus den USA und eigener Militärforschung).

Das Pro-Kopf Volkseinkommen hat sich zwischen 1949 und 1970 etwa verdoppelt. Dabei waren vor allem die Jahre bis ca. 1955 durch hohe jährliche Zuwachsraten von rund 10 Prozent gekennzeichnet. Dies waren die höchsten Wachstumsraten, die die deutsche Wirtschaft jemals erreichte. Hinzu kam, daß der Aufschwung lange anhielt: zwischen 1948 und 1966 gab es in jedem Jahr einen Zuwachs des Sozialprodukts. Erst 1967 schrumpfte das Sozialprodukt. Die Wirtschaftslage verbesserte sich nach dem Zweiten Weltkrieg erheblich schneller als nach dem Ersten: Zwischen 1945 und 1955 wuchs die Wirtschaft um rund 49 %, zwischen 1918 und 1928 hingegen nur um rund 37 %, zwischen 1945 und 1960 wuchs die Wirtschaft um rund 96 %, zwischen 1918 und 1933 hingegen nur um 14 %.

Betrachtet man den Arbeitsmarkt, so stellt man fest, daß die Gesamtzahl der Beschäftigten deutlich gestiegen ist (von knapp 19 Mio. 1945-46 auf knapp 27 Mio. 1970-72), die Zahl der Arbeitslosen jedoch deutlich zurückging. Nach Kriegsende erhöhte sich das Arbeitskräftepotential der BRD durch (1) die Zuwanderung von 4,7 Mio. Flüchtlingen und Vertriebenen aus den Ostgebieten (bis 1948), (2) die Rückkehr von 4 Mio. Kriegsgefangenen (bis 1950), (3) die Zuwanderung von 1,8 Mio. Bürgern der SBZ / DDR (bis 1961), (4) die Zuwanderung von 2,3 Mio. ausländischen Gastarbeitern (1959-72). Insbesondere in den frühen Jahren der BRD belastete die hohe Zahl der neu hinzukommenden Arbeitssuchenden den Arbeitsmarkt; bis 1960 sank die Zahl der Arbeitslosen jedoch unter die 4-Prozent-Marke und die Zahl der offenen Stellen überstieg die Anzahl der Arbeitslosen um ein Mehrfaches. Die Verknappung von inländischen Arbeitskräften und das Ende der Zuwanderung aus der DDR nach dem Bau der „Mauer“ führte in den 1960er Jahren zur gezielten Anwerbung von „Gastarbeitern“ in Südeuropa.

Träger des Aufschwungs war der sekundäre Sektor, d.h. Gewerbe, Industrie und Handwerk. Vor allem das Metallgewerbe (Beschäftigungsanteile 1950: 22,8 %; 1970: 32,0 %) und die Elektro- und Feinmechanische Industrie (5,7 % bzw. 11,5 %) konnte ihre Bedeutung deutlich erhöhen. Demgegenüber sanken die Beschäftigungsanteile der Textil- und Lederindustrie (17,2 % bzw. 9,8 %) sowie des Bergbaus (6,8 % bzw. 2,3 %) erheblich. Innerhalb der einzelnen Industriezweige gab es

freilich erhebliche Unterschiede, z.B. schrumpften innerhalb des Metallgewerbes die Eisenproduktion und der Schiffbau. Stark wachsend innerhalb des Metallgewerbes war der Kraftfahrzeugbau; bereits am 5. August 1955 lief der millionste „Käfer“ vom Band.

Ursache für den ausgeprägten Aufschwung der Metall- und Elektroindustrie war ihre Ausrichtung auf die Investitionsgüterproduktion; nach den Zerstörungen des II. Weltkrieges war in diesem Bereich die Nachfrage sowohl innerhalb der BRD als auch im Ausland besonders groß. Des Weiteren war der technologische Rückstand Deutschlands gegenüber der führenden Wirtschaftsnation, den Vereinigten Staaten von Amerika, während der 1940er Jahre erheblich gewachsen, so daß nun umfangreiche Erneuerungsinvestitionen in die neuen Technologien notwendig waren. Die Verwendung neuer Techniken, die aus Übersee und der eigenen (militärischen) Forschung der 1930er und 1940er Jahre kamen, führte zu einem erheblichen Anstieg der Arbeitsproduktivität: in der chemischen Industrie um 350 %, im Metallgewerbe um 300 %, im Bergbau um 220 %.

Auf gesamtwirtschaftlicher Ebene war die Re-Allokation des Produktionsfaktors „Arbeit“ von der Landwirtschaft in den sekundären und tertiären Sektor von erheblicher Bedeutung für einen Zuwachs der durchschnittlichen Produktivität. Im Gründungsjahr der BRD waren noch 5,9 Mio. Personen in der Landwirtschaft tätig; bis 1969 sank die Beschäftigtenzahl auf 2,3 Mio. Im Jahresschnitt sank die Beschäftigung somit um 180.000 Personen über einen Zeitraum von zwei Dekaden. Trotz des erheblichen Rückgangs der eingesetzten Arbeit stiegen Gesamtproduktion insgesamt und Produktion je Flächeneinheit erheblich. Der Selbstversorgungsgrad der BRD blieb bei knapp 70 %. Ursache für die höhere Produktivität waren vor allem der erhöhte Einsatz von Kunstdünger und der Ersatz von Zugtieren durch Traktoren. Die Anzahl der Traktoren je Flächeneinheit hat sich zwischen 1950 und 1970 etwa verzehnfacht. Die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg kann daher als „Industrialisierungsphase der Landwirtschaft“ angesehen werden.

Der tertiäre Sektor (Dienstleistungen) gewann an Bedeutung, insbesondere im Verkehrswesen. Der Bestand an Personenkraftwagen hat sich von 0,5 Mio. (1949) auf 4,2 Mio. (1960) erhöht; die Zahl der Lastkraftwagen stieg von 0,3 Mio. (1949) auf 0,6 Mio. (1960). 1949 entfielen nur 2 % der Personenkilometer auf PKW, 1971 waren es 67 %. Gleichzeitig sank der Anteil der Eisenbahn von 60 % auf 13 %. Der Personenverkehr hatte sich somit von der Schiene auf die Straße verlagert. Für den Güterverkehr war die Entwicklung nicht so eindeutig: hier stieg der Tonnenkilometeranteil der LKW von 20 % (1949) auf 24 % (1971), derjenige der Bahn sank von 66 % auf 43 %. Gewinner waren in diesen beiden Dekaden die Binnenschiffer, deren Marktanteil von 14 % auf 24 % stieg. Vor allem im tertiären Sektor wurden recht schnell Neuerungen aus den USA übernommen, z.B. der Ausbau von Werbung und Unternehmensberatung, aber auch die Tendenz zum Selbstbedienungsladen in den 1960er Jahren. Der Dienstleistungssektor war zudem jener Sektor, in dem zahlreiche erfolgreiche Unternehmen neu entstanden (z.B. Adidas, Aldi, Bertelsmann, Grundig, Metro, Neckermann, Springer, Tchibo).

II. Hypothesen zur Erklärung des Wirtschaftswunders

a) Rekonstruktionshypothese

Grundthese: eine Volkswirtschaft wächst langfristig mit einer konstanten Rate. Diese wird durch die Aufnahmefähigkeit der Wirtschaftssubjekte für neue Technologien bestimmt. Im 2. Weltkrieg wurde zwar das Sachkapital der deutschen Wirtschaft zerstört, jedoch nicht bzw. nur teilweise das Humankapital. Der Wiederaufbau ging somit aus drei Gründen schnell voran: (1) Investitionen in Sachkapital beseitigten die Schäden (und sorgten zugleich für Nachfrage); (2) Arbeitskräfte konnten nach Beseitigung des Nahrungsmittel- und Wohnraumnotstandes wieder angemessen beschäftigt werden; (3) die Qualifikation der Arbeitskräfte hatte sich im Kriegsverlauf erhöht, so daß nun größerer Humankapitalbestand pro Kopf für den zivilen Aufbau zur Verfügung stand.

Tatsächlich wurde der Sachkapitalbestand der deutschen Wirtschaft im Kriegsverlauf nicht reduziert, sondern erhöht (um 21 % von 1938 bis 1945 bzw. um 11 % bis 1948), wobei das Durchschnittsalter gefallen ist. Allerdings waren große Teile des neuen Sachkapitals in die Rüstungsfertigung investiert worden. Bedeutsam waren die Zerstörungen der Verkehrsinfrastruktur. Die Beseitigung dieser Schäden beseitigte regionale Knappheiten (z.B. Nahrungsmittel). Zudem vergrößerte sich der Humankapitalbestand durch Zuwanderungen aus der DDR (bis 1961).

Diese Hypothese hat vor allem zwei Schwachpunkte: (1) die Aufnahmefähigkeit für neue Technologien kann durch erhöhte Schulbildung gesteigert werden; (2) es läßt sich keine relative Lohnsteigerung für gut ausgebildete Arbeitskräfte feststellen.

b) Wiederaufholungs-Hypothese („catch-up“)

Grundhypothese: Technologisch zurückliegende Länder können durch Imitation von Produktionsverfahren und Organisationsformen höheres Wachstum erzielen als das technologisch führende Land, weil Entwicklungskosten entfallen. Es gibt jedoch fallende Grenzerträge der Imitation, so daß sich das Wachstum im Zeitablauf verlangsamt. Technologisch führend waren die USA, vor allem aufgrund hoher Kapitalintensität und großer Produktionsanlagen (Skalenerträge).

Problem: auf einer disaggregierten Ebene (Landwirtschaft, Industrie, Dienstleistungen) läßt sich keine Konvergenz der Produktivität erkennen. Die Betriebsgröße bleibt in Deutschland kleiner.

c) Strukturelles Wachstumspotential

Grundhypothese: Exporte führen zu Wirtschaftswachstum, weil sie (1) Nachfrage darstellen, (2) Investitionen fördern, (3) Ausnutzung von Spezialisierungsvorteilen ermöglichen, (4) Wachstumsrestriktionen durch Zahlungsbilanzungleichgewichte verhindern. Die BRD konnte als traditioneller Exporteur von Investitionsgütern vom Aufbau Westeuropas nach dem Krieg profitieren.

Empirisch läßt sich ein positiver Einfluß von Exportwachstum auf Wirtschaftswachstum gut belegen; ebenso ist die starke Exportneigung der BRD gut belegt.

Problem: die deutschen Exporte wuchsen nur geringfügig schneller als diejenigen anderer Länder (z.B. 1% Punkt Wachstumsvorteil gegenüber GB), wohingegen das Wirtschaftswachstum in Deutschland teilweise erheblich höher war.

III. Das Konzept der sozialen Marktwirtschaft

Während der nationalsozialistischen Herrschaft und während der Besatzungszeit unterlag die Wirtschaft zahlreichen administrativen Eingriffen. Vor allem war das wichtigste Kennzeichen einer Marktwirtschaft, der Preismechanismus, außer Kraft gesetzt worden. Die soziale Marktwirtschaft führte nun den Preismechanismus wieder ein, sorgte aber gleichzeitig für eine sozialpolitische Abfederung jener Gruppen, die am Markt kein ausreichendes Einkommen erzielen konnten. Damit steht das Wirtschaftskonzept im Gegensatz zum Effizienzbegriff der Ökonomie, denn die soziale Marktwirtschaft führt nur in Ausnahmefällen zu Pareto-optimalen Ergebnissen, d.h. einzelwirtschaftlich orientierte Effizienz liegt nicht immer vor. Allerdings kann die gesamtwirtschaftliche Effizienz oder Wohlfahrt durch die koordinierenden Eingriffe der Wirtschaftspolitik erhöht werden, zumindest dann, wenn die Wirtschaftspolitik die soziale Wohlfahrtsfunktion korrekt wahrnimmt.

Die ideologischen Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft wurden bereits im Verlauf der 1930er und 1940er Jahre gelegt, vor allem durch Walter Eucken („Freiburger Schule“). Man stellte vor allem fest, daß eine Zentralverwaltungswirtschaft Menschen „knechten und erdrücken“ würde („Der Weg zur Knechtschaft“, von Hayek), da die Zentralplanungsinstanz den Menschen ihren Arbeitsinhalt und –ort vorschreiben müßte. Nur die marktwirtschaftliche Wettbewerbsordnung sei daher mit einer freien und demokratischen Gesellschaft zu vereinbaren. Der Staat müsse vor allem für die Einhaltung der marktwirtschaftlichen Spielregeln sorgen und die Grundlagen einer funktionsfähigen Marktwirtschaft (z.B. Rechtsordnung) legen. Die Konzepte Euckens wurden vor allem von Alfred Müller-Armack ergänzt und von diesem sowie Ludwig Erhard umgesetzt. Müller-Armack forderte vor allem eine stärkere Integration von Staat und Gesellschaft: die Marktwirtschaft sei nur ein Ziel zur Erreichung wirtschaftspolitischer Ziele. Vor allem müsse die Steuer- und Sozialpolitik die primäre Einkommensverteilung korrigieren. Die gewählten Maßnahmen sollten jedoch stets marktkonform sein (d.h. Mietsubvention statt Miethöchstpreis).

Die Grundlagen der Wirtschaftsordnung ergeben sich aus dem Grundgesetz der BRD:

Art. 9(3): Das Recht zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. (...).

Art. 12(1): Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. (...).

Art. 14(1): Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet.(...).

Art. 14(2): Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.

Art. 15: Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.

In einer Marktwirtschaft liefert der Preismechanismus die Informationen, die notwendig sind, um die Produktionsfaktoren und Produktion effizient zu verteilen, zumindest dann, wenn der Preis auf freien Märkten mit (vollständiger) Konkurrenz entsteht. Der Wettbewerb auf freien Märkten führt zudem zu einem ständigen Innovationsdruck, so daß der technologische Fortschritt größer ist. Die soziale Komponente richtet sich vor allem auf jene Bereiche, die für Märkte nicht geeignet erscheinen (z.B. Krankenversicherung, Rentenversicherung, Bildungswesen) bzw. auf „schwache“ Personen (Rentner, Arbeitslose, allein erziehende Mütter etc.).

Innerhalb der sozialen Marktwirtschaft muß vor allem für funktionierende Märkte gesorgt werden. Beispielsweise müssen Kartelle und Preisabsprachen untersagt werden bzw. natürliche Monopole einer Preisregulierung unterworfen werden. Vor allem aus diesem Grund stellte das im Juli 1957 erlassene „Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen“ einen Kernpunkt der sozialen Marktwirtschaft dar. Das Gesetz verbietet Kartelle (horizontale Wettbewerbsbeschränkung) und Preisbindung (vertikale Wettbewerbsbeschränkung). Außerdem wurde eine Mißbrauchsaufsicht über marktbeherrschende Unternehmen geschaffen (heute z.B. Genehmigungspflicht für Bahntarife und Telefentarife der Telekom). Das Gesetz sieht jedoch zahlreiche Ausnahme vor, z.B. im Verkehrssektor (Bahn), bei Banken und Versicherungen und in der Landwirtschaft.

Funktionierende Märkte können ebenfalls durch freie Wechselkurse und Abbau von Außenhandelsbeschränkungen (Wettbewerb durch ausländische Anbieter) geschaffen werden. Die vollständige Abschaffung der seit 1931 errichteten Devisenbewirtschaftung im Jahre 1958 stellt daher einen wichtigen Fortschritt dar. Ebenso ist eine stabile Währung (geringe Inflationsrate) wichtig, denn nur dann sind Wirtschaftssubjekte bereit zu sparen und zu investieren.

Der Einfluß von Verbänden nahm hingegen deutlich zu. Bereits während der Besatzungszeit wurden die Gewerkschaften sowie die Industrie- und Handelskammern neu errichtet; die Unternehmensverbände wurden unmittelbar nach Gründung der BRD neu geschaffen. Viele berufsständische Verbände basieren auf dem Prinzip der Zwangsmitgliedschaft (z.B. Kassenärztliche Bundesvereinigung, Anwaltskammern, Innungen für Handwerker, Industrie- und Handelskammer).

Ein durch die Politik vollständig geregelter Markt entstand – vor allem aufgrund von Verbandseinfluß – in der Landwirtschaft. Das wichtigste „Kartell“ entstand jedoch auf dem Arbeitsmarkt. Im Tarifvertragsgesetz vom 9. April 1949 (vor Gründung BRD) wurden Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände als entscheidende Institutionen für die Regelungen der Arbeitsbedingungen festgesetzt. Auf Antrag einer Partei kann ein ausgehandelter Tarifvertrag als gültig für alle Betriebe erklärt werden, die in den räumlichen, fachlichen und betrieblichen Geltungsbereich des Vertrages fallen (Flächentarif). Die Tarifverträge sind damit auch für Arbeitnehmer und Unternehmer bindend, die nicht der Gewerkschaft bzw. dem Unternehmerverband angehören. In den 1950er und 1960er Jahren war diese Regelung unproblematisch, da ein „Burgfrieden“ zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern bestand: Lohnzurückhaltung im Aufbau und Vollbeschäftigung galt für Arbeitnehmer und Arbeitgeber.

Die soziale Marktwirtschaft führte zu einer stärkeren Umverteilung von Einkommen durch die Politik. Dies trug wesentlich zur Erhöhung der Staatsausgaben bei. Die Sozialquote stieg von 17,1 % (1950) auf 26,7 % (1970). Finanziert wurde dies vor allem durch höhere Steuern, kaum jedoch durch Staatsverschuldung. Zwar wurden die Steuersätze in den Jahren 1949-52 gesenkt, aber durch Wachstum und Inflation gerieten die Haushalte zunehmend in höhere Einkommensteuerklassen; dementsprechend stieg der Anteil der Einkommen- und Lohnsteuer am Gesamtsteueraufkommen von 18 % (1950) auf 35 % (1971).

Unmittelbar nach Gründung der BRD mußten vor allem die Kriegsfolgen abgedeckt werden. Darunter fallen Wiedergutmachungszahlungen an die Opfer des NS-Regimes (vor allem Zahlung von 3,45 Mrd. DM an Israel), die Kriegsopferversorgung (Kriegsbeschädigte, Hinterbliebenenrenten, Kriegsopferversorgung; Gesamtausgaben 1950 bis 1990 ca. 300 Mrd. DM) und der Lastenausgleich.

Nach dem II. Weltkrieg mußte die Sozialversicherung neu aufgebaut werden. Wie bereits in der Weimarer Zeit – und im Gegensatz zum Kaiserreich – entschied man sich für die Finanzierung durch ein Umlageverfahren („Generationenvertrag“). Die wichtigsten Änderungen gab es im Bereich der Rentenversicherung: mit der Rentenreform von 1957 ging man zur Dynamisierung der Renten über, d.h. die Renten wurden an die allgemeine Lohn- und Gehaltsentwicklung angepaßt. Indirekt wurde dadurch die Renten auch an die Inflation angepaßt und die relative Einkommensposition der Rentner stabilisiert. Ebenfalls 1957 wurde die Altersvorsorge für Landwirte eingeführt, vor allem, um älteren Landwirten die Aufgabe ihres Hofes zu ermöglichen. In der Krankenversicherung wurden ab 1957 Arbeiter und Angestellte gleichbehandelt: auch Arbeiter erhielten fortan im Krankheitsfalle sechs Wochen ihren vollen Nettolohn. Weitere sozialpolitische Gesetze betrafen den Wohnungsbau (1950), die Mitbestimmung und den Kündigungsschutz (1951), die Festlegung von Mindestarbeitsbedingungen (1952), die Betriebsverfassung (1954) sowie das Kindergeld (1954).

IV. Außenwirtschaftliche Rahmenbedingungen

a) Außenhandel

Einfuhr und Ausfuhr haben sich zwischen 1949 und 1973 stark erhöht. Die Einfuhr wuchs vor allem aufgrund des höheren inländischen Einkommens, aber auch aufgrund einer zunehmenden internationalen Arbeitsteilung (multinationale Unternehmen). Vor allem stieg die Einfuhr von Fertigwaren, wohingegen die Einfuhr von Rohstoffen an Bedeutung verlor. Die Ausfuhr stieg noch stärker als die Einfuhr. Ausgeführt wurden nahezu ausschließlich Fertigwaren.

Die BRD hatte, abgesehen von den ersten Jahren ihres Bestehens, stets eine positive Handelsbilanz; das Defizit der ersten Jahre wurde z.B. durch das Exportförderungsgesetz vom Juni 1951 bekämpft. Im Verlauf der Koreakrise fiel zunächst die internationale Nachfrage (vor allem aus den USA), während die Inlandsnachfrage aufgrund der steigenden Einkommen weiter zulegte. Das Handelsbilanzdefizit hätte zu noch größeren Zahlungsbilanzproblemen geführt, wenn nicht durch Gründung der Europäischen Zahlungsunion (1950) der devisenfreie Außenhandel in Europa möglich geworden wäre.

Bereits 1949 begann die BRD neue Zollregelungen auszuarbeiten. Die grundsätzlich seit 1902 angewendeten Bülow-Tarife, die auf dem Gewichts- und Stückergebnis basierten, sollten durch warenwertbasierte Tarife ersetzt werden. Die Alliierten intervenierten und forderten die Meistbegünstigungsklausel von Deutschland. Auf dieser Basis schloß die BRD 1953 ihren ersten Außenhandelsvertrag mit den USA, der Vorbildfunktion für spätere Verträge hatte.

b) Währungsordnung

Bei Gründung der BRD waren die Devisenbeschränkungen, die seit 1931 eingeführt worden waren, noch nicht aufgehoben worden. Bei Einführung der DM wurde ein Wechselkurs von 3,33 DM für einen USD festgesetzt. Dieser Wechselkurs konnte jedoch nicht gehalten werden: Deutschland exportierte kaum Waren, war aber auf erhebliche Importe angewiesen, so daß fortlaufend Devisen benötigt wurden. Das Zahlungsbilanzdefizit der BRD betrug 1949 rund 1,1 Mrd. USD; im Folgejahr fehlten über 700 Mio. USD. Bereits im September 1949 wurde die DM daher abgewertet, nämlich von 3,33 auf 4,20 DM je USD. Die Abwertung führte dazu, daß deutsche Waren im Ausland billiger wurden (Bsp.: 1 Auto kostet 1.000 DM; vor Abwertung: 300 USD, danach: 238 USD), wohingegen ausländische Waren in Deutschland teurer wurden (Bsp.: 1 Flasche Cola kostet 1 USD; vor Abwertung: 3,33 DM, danach: 4,20 DM).

Nach jahrelangen Überschüssen im Außenhandel geriet die DM erstmals 1957-58 unter Aufwertungsdruck. Nach einer Abwertung Frankreichs ließ der Druck jedoch nach. Da der deutsche Außenhandelsüberschuß groß blieb, versuchten Spekulanten 1960 die Bundesbank zur Aufwertung zu zwingen. Zwischen September 1959 und März 1961 stiegen die Devisenreserven der Bundesbank um

rund 70 %; sie umfaßten nun fast 4 % des BSP. Die Regierung entschloß sich daher, die DM aufzuwerten: der Wechselkurs zum USD wurden von 4,20 auf 4 DM gesenkt.

Die Zahlungsbilanzüberschüsse der BRD blieben jedoch bestehen, so dass sich erneut ein Abwertungsdruck aufbaute. Es kam schließlich zu mehreren Abwertungen (1969 auf 3,66 DM / USD; 1971: 3,22 DM / USD). 1973 wurde das System fester Wechselkurse aufgegeben.

Sitzung 12: Stagflation und Stagnation

I. Stilisierte Fakten: Die Wirtschaftsentwicklung 1973 – 1990

Die Zäsur des Jahres 1973 läßt sich vor allem an zwei Ereignissen festmachen: Erhöhung der Ölpreise und Freigabe der Wechselkurse. Man hätte die Zäsur auch 1967, dem Jahr der ersten Konjunkturkrise nach dem Zweiten Weltkrieg, ansetzen können. Entscheidend für die Zäsur 1973 ist jedoch die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit: (1) die Menschen glaubten an das Ende einer Epoche (z.B. innenpolitische Bewegung von 1968, „Grenzen des Wachstums“); (2) anders als 1968 erholte sich der Arbeitsmarkt nicht; (3) der Nettorealverdienst stagnierte seit Mitte der 1970er Jahre (Anstieg um jährlich 3,2 % 1966-75, danach 0,9 % jährlich 1975-89).

Im Verlauf des Jom-Kippur-Krieges setzten mehrere arabische Länder die „Ölwaffe“ gegen die westlichen Verbündeten Israels ein (17. Oktober 1973; Reduzierung der Ölproduktion um zunächst 10 %, später 25 %). Zwar war die BRD – anders als die USA – nicht direkt vom Boykott betroffen, die steigenden Rohölpreise wirkten sich aber auf Deutschland aus: für eine gleichbleibende Ölmenge mußte die BRD ca. 15 Mrd. DM (ca. 1,5 % des BSP) mehr bezahlen. Real verdoppelte sich der Ölpreis 1973 (von 4,50 USD auf 9 USD in Preisen von 1973). Die Politik reagierte kurzfristig mit öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen: bereits 3 Wochen nach dem Boykott wurde das Energiesicherungsgesetz verabschiedet. Es folgte ein Anwerbestopp für Gastarbeiter (erst im September war die Anwerbeprämie verdoppelt worden) und ab dem 25. November galt ein Autofahrverbot an mehreren Sonntagen. Mittelfristig führte der Ölpreisschock – und ein zweiter im Jahre 1979 – zum Ausbau der europäischen Öl- und Gasförderung (Nordsee), zu Erdgasgeschäften mit der UdSSR (Röhrengeschäft) sowie zum Ausbau der Atomenergie.

Die Auflösung des Weltwährungssystems in den Jahren 1971-73 führte zur Flexibilisierung der Wechselkurse. Im August 1971 hob Nixon die Einlöschungspflicht der USA für Dollar gegen Gold einseitig und ohne vorherige Konsultation mit dem Ausland auf. Bemühungen das internationale Währungssystem ohne die Rückendeckung der USA zu erhalten scheiterten in den beiden folgenden Jahren. Für die BRD kam es daraufhin zu einer deutlichen Aufwertung: der USD fiel von 2,70 DM (1973) auf ca. 1,85 DM (1980). Dies hatte, da ein Großteil der Ex- und Importe in Dollar gehandelt wurde, große Auswirkungen auf den Außenhandel. Vor allem konnte dadurch die Wirkung des Ölpreisanstieges, gerechnet in DM, erheblich abgeschwächt werden.

Während der zwei Dekaden von 1970 bis 1990 kam es zu einer weiteren Wandlung der Erwerbs- und Wirtschaftsstruktur: die Anzahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft und in anderen Bereichen des primären Sektors nahm weiter ab (von 2,3 Mio. 1970 auf 1,0 Mio. 1990; bzw. 8,5 % auf 3,4 %), ebenso setzte sich der um 1965 begonnene Rückgang der Beschäftigtenzahl im Gewerbe fort (von 13,0 Mio. auf 11,3 Mio.; bzw. 48,9 % auf 39,8 %); lediglich der Dienstleistungssektor konnte netto neue Arbeitsplätze bereitstellen (von 11,3 Mio. auf 16,2 Mio.; bzw. 42,6 % auf 56,8 %), diese jedoch vor allem im öffentlichen Dienst. Insgesamt erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten von 26,9 Mio.

(1970) auf 28,4 Mio. (1990), also um rund 1,5 Mio. Personen. Ein Großteil der neuen Arbeitsplätze waren jedoch Teilzeitarbeitsplätze. Gleichzeitig stieg die Zahl der Arbeitslosen dramatisch an: von 0,2 Mio. (1970) auf 2 Mio. (1980) bzw. 1,7 Mio. (1990). Seit Ende der 1970er Jahre ist die Arbeitslosigkeit das zentrale ökonomische Problem in der BRD.

Im sekundären Sektor waren vor allem Rationalisierungsinvestitionen (Automatisierung) für den Beschäftigungsrückgang verantwortlich. Neue Technologien erlaubten es zunehmend, Arbeitskraft durch Maschinen (z.B. Roboter, EDV) zu ersetzen. Auf der anderen Seite stiegen die Lohnkosten an, so daß ein Anreiz zum Ersatz von Arbeit durch Maschinen entstand. Dies traf in erster Linie niedrig qualifizierte Arbeitnehmer; über die Hälfte aller Arbeitslosen entstammt dieser Gruppe. Die Wirtschaft war in eine mehrdimensionale Strukturkrise geraten; die wichtigste Herausforderung war die Deindustrialisierung sowie die Technisierung und Tertiärisierung (Angestellte im Industriesektor; 1990 waren nur noch rund 20 % der Beschäftigten in der BRD tatsächlich mit Gewinnung, Herstellung und Bau beschäftigt) der Industrie. Die Wirtschaftspolitik setzte nach wie vor auf die Industrie als den Kern der Wirtschaft, vor allem indem neue Industrien umfangreich gefördert wurden (z.B. Atomenergie, Flugzeugbau), ohne allerdings alte Industrien abzubauen (z.B. Stahlindustrie).

Die Jahre nach 1970 zeichnen sich durch erheblich steigende Staatsausgaben und Staatsschulden aus. Die Staatsquote stieg in der Regierungszeit der sozial-liberalen Koalition von knapp 40 % (1969) auf nahezu 50 % (1982) an. Finanziert wurde der Anstieg von Staatsausgaben und Staatsquote vor allem durch steigende Staatsverschuldung: die Schulden des Bundes nahmen von 50 Mrd. DM (1969) auf 309 Mrd. DM (1982) zu. An Bedeutung gewann ebenfalls die Lohn- und Einkommensteuer, deren Anteil am Steueraufkommen von 35 % Anfang der 1970er Jahre auf 49 % Mitte der 1980er Jahre stieg. Vor allem durch die hohen Inflationsraten und Lohnsteigerungen der 1970er Jahre gerieten immer mehr Arbeitnehmer in höhere Progressionsstufen.

In den ersten Jahren der Regierung Kohl gingen die Staatsausgaben relativ zurück (Staatsquote 1989: 45 %) und auch die Neuverschuldung nahm ab. Zu einem Abbau der Staatsschuld kam es freilich nicht. Geleistet wurde diese „Konsolidierung“ der Staatsfinanzen vor allem durch sinkende staatliche Investitionen: der Anteil der investiven Sachausgaben an den Gesamtausgaben des Staates ging zwischen 1982 und 1989 um 1/6 zurück. Da die Staatsausgaben insgesamt gefallen sind fiel die Investitionsleistung der öffentlichen Hand um fast 25 %. Eine weitere Reform war die „große Steuerreform“ (1986-90); vor allem im Zuge dieser Reform sank die durchschnittliche Abgabenbelastung von Selbständigen unter 20 %, während diejenige von Arbeitnehmern auf über 30 % stieg.

II. Wirtschaftspolitische Konzeptionen

a) Die Zeit der Globalsteuerung, 1967 – 1973-82

Die Rezession der Jahre 1966-67 führte zum Stabilitätsgesetz, das für die Wirtschaftspolitik der folgenden Dekade große Bedeutung erreichen sollte. Das Gesetz forderte, in Anlehnung an Keynes,

eine globale Wirtschaftssteuerung zur Herstellung bzw. Aufrechterhaltung eines gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes bei gleichzeitigem Erreichen mehrerer wirtschaftspolitischer Ziele: Vollbeschäftigung, Preisstabilität, außenwirtschaftliches Gleichgewicht. Dieses „magische Dreieck“ wurde später um die Komponente „Wirtschaftswachstum“ zum „magischen Viereck“ erweitert.

Die neue wirtschaftspolitische Konzeption ging vor allem mit fünf Instrumenten einher: (1) Konjunkturausgleichsrücklagen, (2) Konzertierte Aktion (vor allem Abstimmung der Einkommensverteilung; Gesprächsrunde von Regierung, Unternehmen, Gewerkschaften, Bundesbank, Wissenschaft; schließlich durch Gewerkschaften boykottiert), (3) Prognoseverfahren und Finanzpläne, (4) Jahreswirtschaftsberichte, (5) Globalsteuerung (wirtschaftspolitische Steuerung makroökonomischer Größen). Vor allem sollte die Fiskal- und Geldpolitik antizyklisch wirken; dazu war eine gesicherte empirische Basis über (erwartete) Wirtschaftsgrößen ebenso wie ein abgestimmtes Handeln der Beteiligten notwendig.

1975 kam es zur Stagflation, d.h. hohe Inflationsraten gepaart mit niedrigem Wirtschaftswachstum. Die Regierung Schmidt versuchte die Lage durch expansive Fiskalpolitik zu bewältigen. Diese Konjunkturprogramme wurden hauptsächlich durch neue Schulden finanziert. Erste Konjunkturprogramme wurden im Herbst und Winter 1974 aufgelegt (Umfang ca. 2,7 Mrd. DM), es folgten u.a. Maßnahmen zur Stützung der Bauindustrie (August 1975, 5,75 Mrd. DM), zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit (Januar 1976), zur Förderung von Zukunftsinvestitionen (März 1977) und erneut zur Förderung der Beschäftigung von Jugendlichen (Februar 1978; 1,1 Mrd. DM). Des Weiteren kam es 1977 und 1978 zu Steuerentlastungen zur Investitionsförderung. Insgesamt hatten die Konjunkturprogramme der Regierung einen Umfang von ca. 70 Mrd. DM. Der Erfolg der Programme war jedoch gering: die Arbeitslosigkeit stieg, die Inflation blieb hoch und das Wirtschaftswachstum niedrig.

b) Monetarismus seit 1973-82

Nach Auflösung des internationalen Währungssystems in den Jahren 1971-73 konnte die Bundesbank ihre Geldpolitik unabhängig von festen Wechselkursen gestalten. Die deutsche Notenbank ging bereits im März 1973 zu einer Hochzinspolitik über und stellte Stützungskäufe für den USD ein.

Auf den ersten Blick entsprach diese Politik dem Stabilitätsgesetz, da sich die Wirtschaft im Aufschwung befand, d.h. mit zurückhaltender Geldpolitik konnte eine „Überhitzung“ der Wirtschaft vermieden werden. Die Hochzinspolitik der Bundesbank wirkte potentiell in zwei Richtungen: (1) reduzierten hohe Zinsen die Investitionen; (2) führten hohe Zinsen zu einer Aufwertung der DM und damit zu nachlassenden Exporten, d.h. man näherte sich dem außenwirtschaftlichen Gleichgewicht an. Gleichzeitig war die Hochzinspolitik notwendig um die Geldnachfrage einzudämmen, denn während des erneuten Aufschwunges waren Arbeitskräfte in Deutschland knapp geworden; Löhne und Preise stiegen: die Inflationsrate lag bereits seit 1970 bei über 4 %.

Die hohe Inflationsrate und das kräftige Wirtschaftswachstum führten bei Arbeitnehmern und Gewerkschaften zu hohen Lohnforderungen. In einem spontanen Streik erkämpften die Metallarbeiter im August 1973 eine außerordentliche Teuerungszulage. Die Gewerkschaften schlossen sich dieser Forderung in den folgenden Tarifverhandlungen an: im Februar 1974 setzte die ÖTV Lohn- und Gehaltserhöhungen von 11 % durch. Damit hatten die Gewerkschaften die Grenzen des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes verlassen. Aber auch andere Beteiligte der konzertierten Aktion hatten die Entwicklung falsch eingeschätzt: der Sachverständigenrat erwartete für 1974 ein Wirtschaftswachstum von 2 – 2,5 %; ausgehend von einer gleich bleibend hohen Inflation von 7 % wäre somit eine Lohnforderung von 9 – 10 % angemessen gewesen. Die Inflationserwartung der Gewerkschaft war korrekt, die Einschätzung über die Wirtschaftsentwicklung jedoch nicht: das reale Wirtschaftswachstum lag 1974 nur knapp über der Nullmarke, so daß die Lohnerhöhung ca. 4 Prozentpunkte zu hoch war.

Auf die Wirtschaftskrise der Jahre nach 1973 reagierte die Bundesregierung mit expansiver Fiskalpolitik, sie folgte also dem Prinzip der Globalsteuerung. Die Bundesbank ging ihrerseits zum Monetarismus über: sie versuchte durch restriktive Geldpolitik die hohe Inflation einzudämmen. Das Zusammenwirken dieser gegensätzlichen Politikansätze dürfte die Krise erheblich verstärkt haben. Die durch Kredite finanzierten Konjunkturprogramme der Bundesregierung erhöhten die Nachfrage am Geld- und Kapitalmarkt, das knappe Geldangebot der Bundesbank verringerte das Angebot am Geldmarkt. Beide Faktoren wirkten in eine Richtung: die Zinsen stiegen deutlich an. Die hohen Zinsen führten zu nachlassenden Investitionen und zu einer Aufwertung der DM, was den Export belastete. Die Inflationsrate fiel zwar durch die Bundesbankpolitik unter 4 % (1978), im Folgejahr stieg sie jedoch – teilweise ausgelöst durch den zweiten Ölpreisschock – wieder auf über 6 % an. Erst 1983 gelang die endgültige Preisstabilisierung.

III. Sozial- und Umweltpolitik

Zentrales Problem der Sozialpolitik war die steigende Armut in der BRD, verursacht vor allem durch den Anstieg der Arbeitslosigkeit. Im Verlauf der 1970er Jahre hatte sich die Arbeitslosigkeit verzehnfacht, im Verlauf der 1980er Jahre stabilisierte sie sich auf einem Niveau von ca. 2 Mio. Vor allem bildete sich ein Sockel an niedrig qualifizierten Langzeitarbeitslosen heraus. Parallel zum Anstieg der Arbeitslosigkeit nahm die Zahl der Sozialhilfeempfänger deutlich zu, nämlich von 1,5 Mio. (1969), über 3,1 Mio. (1983) auf schließlich 3,8 Mio. (1990). Von den Sozialhilfeempfängern waren 0,6 Mio. arbeitslos, 1,1 Mio. lebten in Alters- und Pflegeheimen, 1 Mio. waren besonderen Notsituationen ausgesetzt. 1990 waren somit rund 8 % der Bevölkerung auf Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe oder Sozialhilfe angewiesen. Dies verursachte erhebliche Einnahmeausfälle in der Sozialversicherung bei gleichzeitig steigenden Ausgaben. Die Sozialquote stieg von 26,7 % (1970) auf 29,7 % (1990).

Ein weiteres sozialpolitisches Problem war die Wohnungsnot. Bereits der Städtebaubericht von 1970 stellte fest, daß 800.000 Haushalte in Baracken lebten und 1 Mio. Wohnungen abbruchreif waren. Trotzdem fiel die Zahl der jährlich fertiggestellten Wohnungen von über 710.000 (1973) auf knapp 260.000 (1990). Auch der soziale Wohnungsbau wurde deutlich reduziert, nämlich von 127.000 Wohnungen (1973) auf rund 93.000 (1990). Gleichzeitig nahm die Wohnungsnachfrage aus zwei Gründen zu: (1) die Bevölkerung wuchs um 2 Mio. Personen (1 Mio. Ausländer, 1,8 Mio. Aus- und Übersiedler; 0,8 Mio. Rückgang an Inländern); (2) die Anzahl der Personen je Haushalt ging von 2,74 (1970) auf 2,25 (1990) zurück. Ende der 1980er Jahre dürfte somit ein Defizit von ca. 1 Mio. Wohnungen bestanden haben. Hauptursache war die geringe Rentabilität von Mietwohnungen (zwischen 1980 und 2002 war die Rendite negativ), vor allem verursacht durch Mietpreisbindungen.

Die Einflußmöglichkeiten der in Großbetrieben beschäftigten Personen stiegen während der 1970er Jahre an. Das 1976 erlassene „Mitbestimmungsgesetz“ übertrug die paritätische Mitbestimmung der Montanindustrie auf andere Industriezweige: Kapitaleigner und Arbeitnehmer konnten fortan je die Hälfte der Aufsichtsratsmitglieder von Aktiengesellschaften wählen. Dabei wurde den leitenden Angestellten eine Sonderposition im Aufsichtsrat eingeräumt. Diese Regelung bringt den Gegensatz von Arbeit und Kapital im Unternehmen zum Ausdruck, nicht jedoch die gemeinsame Anstrengung für das Unternehmen.

Die Energiekrise der 1970er Jahre, die Schriften des „Club of Rome“ über die „Grenzen des Wachstums“ und die Atompolitik der Bundesregierung schärfen das ökologische Bewußtsein der Gesellschaft. Bis Mitte der 1970er Jahre wuchsen Sozialprodukt und Energieverbrauch parallel, danach kam es zu „Wachstum ohne Energieverbrauch“: der Primärenergieverbrauch blieb zwischen 1980 und 1990 konstant (bei ca. 390 Mio. t SKE), die Schadstoffemissionen in die Luft gingen um ca. 10 % zurück, an Abfall fielen ebenfalls rund 10 % weniger an, der Wasserverbrauch stagnierte. Wirtschaftspolitisch begleitet wurde diese Entwicklung durch den Wettbewerb auf den deutschen Ölmärkten. Anders als in den USA subventionierte die Bundesregierung Öl nach 1973 nicht, so daß die höheren Kosten voll auf die Produzenten durchschlugen und diese zu sparsamen Umgang mit der teureren Ressource anhielten. Im folgenden Jahrzehnt griff die Regierung vor allem in Bereiche ein, in denen der Markt versagte: Umweltschäden sind für die verursachenden Unternehmen extern, d.h. sie verursachen keine Kosten. Daher griff die Regierung ein. In den 1970er Jahren kam es zur Entstehung einer neuen politischen Kraft (Die Grünen), die sich gezielt gegen die Industriepolitik der Regierung stellte. Nach der ersten Ölkrise begann die Bundesregierung, Entwicklungen auf dem Gebiet der Atomenergie zu fördern, und zwar sowohl aus Gründen der Energiesicherheit als auch zur Schaffung eines neuen Exportproduktes. Trotz des gesellschaftlichen Widerstandes setzte die Nachfolgerregierung diese Politik fort; noch 1990 entfielen ca. 2/3 aller staatlichen Energieforschungsausgaben auf die Atomkraft.

IV. Die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft

Bald nach 1945 wurden Überlegungen der (west-) deutschen Reintegration in das Staatensystem angestellt. Ein wichtiges ökonomisches Ziel war hierbei die internationale Kontrolle des deutschen Rüstungspotentials.

Im Verlauf der 1950er Jahre kam es zu drei grundlegenden Verträgen, die die Entwicklung zur Europäischen Gemeinschaft bzw. Union einläuteten: die Gründung der Europäischen Zahlungsunion (1950), die Schaffung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (1952) sowie die Errichtung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (1957).

Die 1950 gegründete Europäische Zahlungsunion sollte vor allem den Außenhandel, der durch Devisenknappheit bei nahezu allen europäischen Staaten beschränkt war, fördern. Innerhalb der Zahlungsunion wurden die gegenseitigen Forderungen und Verbindlichkeiten aus dem Außenhandel zwischen den Mitgliedsländern (u.a. BRD, Benelux, Frankreich, Großbritannien, Italien, aber auch Türkei) verrechnet, so daß der Devisenbedarf zurückging. 1958 wurde dieses Vertragswerk durch das Europäische Währungsabkommen abgelöst; dieses garantierte die Wechselkurse der Mitgliedsländer und für Länder in Währungsschwierigkeiten wurde ein Hilfsfond errichtet. Das Europäische Währungsabkommen lief Ende 1973 aus.

Die 1952 geschaffene Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS, „Montanunion“) sollte die internationale Kontrolle des Ruhrgebietes, der deutschen Waffenschmiede, sichergestellt werden. Mitgliedsländer waren Frankreich, Benelux, Italien, BRD. Durch die Europäisierung des Ruhrgebietes wurde zugleich die Errichtung einer internationalen Kontrollorganisation, die unter Beteiligung der UdSSR hätte errichtet werden müssen, verhindert. In den Vorjahren hatte es erhebliche Auseinandersetzungen zwischen den Westmächten und der BRD über die „Ruhrfrage“ gegeben: das am 29. Dezember 1948 erlassene Ruhrstatut sah nämlich die Kontrolle der deutschen Wirtschaft durch die USA, Großbritannien, Frankreich und die Beneluxstaaten vor; die BRD trat dem Ruhrstatut erst am 30. November 1949 bei.

Die 1957 errichtete Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG; „Römische Verträge“) sollte ein einheitliches Wirtschaftsgebiet in Westeuropa schaffen: bis zum 1. Juli 1968 sollte Freizügigkeit für Waren, Dienstleistungen und Personen herrschen. Tatsächlich wurden bis 1962 alle Importquoten und bis 1968 alle Binnenzölle abgeschafft.

Der nächste wichtige Schritt zur heutigen Europäischen Union stellt die Schaffung des Europäischen Währungssystems (EWS) im Jahre 1979 dar. Dieses Abkommen schrieb für die beteiligten Währungen einen festen Kurs vor. Kleinere Abweichungen (+/- 1,5 %) von diesem Kurs waren erlaubt. Die binnenwirtschaftliche Entwicklung in den einzelnen Staaten war aber noch sehr unterschiedlich, vor allem im Hinblick auf die Inflationsraten. Bei unterschiedlichen Inflationsraten und festen Wechselkursen kommt es zu Zahlungsbilanzungleichgewichten. Diese können prinzipiell auf zwei Wegen beseitigt werden: (1) durch Ausdehnung der inländischen Geldmenge und damit Übernahme der ausländischen Inflationsrate. (2) Durch Änderung des Wechselkurses. Insbesondere

zwischen Deutschland und Frankreich kam es während der 1980er Jahre zu erheblichen Problemen; der Franc mußte mehrfach abgewertet werden. Auch im Vergleich mit anderen westeuropäischen Währungen war die DM sehr stark. Insgesamt wertete die DM erheblich innerhalb des Systems auf. Die feste DM führte schließlich zu einer Orientierung der Geldpolitik einiger Staaten (z.B. Niederlande) an der Politik der Bundesbank.

Alles in allem war die Entwicklung von der EWG zur EG und zur EU ein Erfolg. Die Liberalisierung des Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalsverkehrs sowie die verhältnismäßig geordneten Währungsverhältnisse förderten die ökonomische Integration. Beispielsweise wurde zwischen 1970 und 1990 rund 40 – 50 % des deutschen Außenhandels mit EG Ländern abgewickelt.

Sitzung 13: Wirtschaftsgeschichte der DDR und Vereinigung

I. Die Konzeption der Zentralverwaltungswirtschaft

Unmittelbar nach Kriegsende begann die sowjetische Besatzungsmacht mit dem Aufbau der sozialistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung in der SBZ. Diese Ordnung wurde ab 1949 in der DDR grundsätzlich beibehalten. Kennzeichen sozialistischer Wirtschaftsordnungen sind die Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und die Aufhebung des Wettbewerbs auf Märkten. Die Verfassung der DDR legte dementsprechend in Art. 9, Abs. 1, das Gemeineigentum an den Produktionsmitteln sowie in Art. 9, Abs. 3, die zentrale Planung der Wirtschaftsaktivität fest. Neben der Produktionsplanung wurde eine zentrale Preisplanung für nahezu alle Güter vorgenommen. Die Grundidee der Planwirtschaft war die Ausschaltung von Wirtschaftsschwankungen: Durch die zentrale Abstimmung von Konsum und Produktion sollten stets alle Bedürfnisse befriedigt und alle Produktionsfaktoren beschäftigt werden. Die Zentralverwaltungswirtschaft muß dazu zwei schwerwiegende Probleme lösen: (1) die Bedürfnisse der Konsumenten mußten rechtzeitig vor Beginn der Produktions- und Konsumperiode bekannt sein; (2) die Produzenten mußten motiviert sein Pläne zu erfüllen. Beide Probleme wurden in der Praxis unzureichend gelöst, so daß im Ergebnis Konsumniveau und Wachstum relativ (im Vergleich zur BRD) niedrig waren. Des weiteren traten auch in der Zentralplanwirtschaft der DDR Schwankungen der wirtschaftlichen Aktivität ein, vor allem ausgelöst durch außerökonomische Faktoren, z.B. Unruhen in Polen 1956 (ausbleibende Kohlelieferungen) oder Preiserhöhungen für Öl (1976 und 1982) durch die Sowjetunion.

Ausgangspunkt der Planungstätigkeit war der Gedanke der freien Konsumwahl durch die Bürger der DDR. Die Nachfrage nach einzelnen Konsumgütern (Güter 1. Ordnung) mußte vorhergesagt werden. Da die Bedürfnisse – und damit die Nachfrage – der Menschen unbegrenzt ist, mußte eine Vorauswahl getroffen werden, welche Konsumgüter vorrangig bereitgestellt werden sollten. Anschließend mußte für jedes Konsumgut ermittelt werden, welche Produktionsfaktoren (Arbeit, Maschinenzeiten, Rohstoffe; Güter 2. Ordnung) zu seiner Herstellung notwendig sind. Nun wiederum mußte ermittelt werden, welche Produktionsfaktoren zur Herstellung dieser Güter 2. Ordnung notwendig waren. Dieser Prozeß wurde fortgesetzt, bis die Menge der benötigten Primärgüter (z.B. Eisenerz, Kühe) feststand. Diese Primärgüter oder Güter letzter Ordnung stellten möglicherweise nicht beseitigbare Engpaßfaktoren dar. Sie signalisierten daher die volkswirtschaftlichen Knappheitsgrade.

In der Praxis ist eine solche Totalbilanzierung unmöglich, so daß lediglich der Verbrauch an Gütern letzter Ordnung (Primärgüter) detailliert geplant wurde. Dies übernahm die Staatliche Planungskommission (ab 1950; SPK), die ihre Rahmenvorgaben durch den Ministerrat der DDR bzw. das Politbüro der SED bekam. Die SPK gab konkrete Lieferbefehle oder Bezugsansprüche in Form von MAK-Bilanzen (Material, Ausrüstung, Konsumgüter) an die Industrieministerien, Kombinate und Betriebe. Ergänzt wurde das Planungssystem durch Planung auf regionaler Ebene

(Bezirksplanungskommissionen) und auf Betriebsebene. Die einzelnen Betriebe mußten vor allem ihre geschätzte Produktionsmenge an die SPK melden.

In der Marktwirtschaft informieren Preise über relative Knappheiten, in der Zentralverwaltungswirtschaft informieren Bilanzen über relative Knappheiten. Ein wesentliches Problem der Zentralverwaltungswirtschaft ist dementsprechend mangelnde Flexibilität, denn sowohl die Preise als auch die Produktionsmengen werden über einen längeren Zeitraum festgelegt, wohingegen in der Marktwirtschaft insbesondere die Preise kurzfristig variabel sind. Neben der Flexibilität fehlen Kontroll- und Anreizmechanismen. In der Marktwirtschaft gibt es starke Anreizmechanismen (Gewinn für Unternehmen; Lohn, Arbeitsplatzsicherheit für Arbeitnehmer) und eine starke Kontrolle durch den Markt (ineffiziente Unternehmen gehen in Konkurs). In der DDR mußten Gewinne an den Staat abgeführt werden, die Löhne waren über lange Perioden fixiert, Arbeitslosigkeit gab es nicht, Absatzpreise und -mengen waren durch Pläne vorgegeben, Konkurse waren nicht möglich. Die SPK gab daher Kennziffern (z.B. Bruttoproduktion, Kosten, Arbeitsproduktivität) vor, deren Erreichung kontrolliert wurde. Die Kennziffern waren zugleich Anreizefaktoren für die Arbeiter, denn bei Übererfüllung der Pläne wurden hohe Prämien (bis zu 2 Monatsverdiensten) ausgeschüttet. Dieses Anreizsystem hatte vor allem zwei Folgen: (1) im Planungsprozeß meldeten die Unternehmen gezielt niedrige Kapazitäten; (2) es wurden nur solche Güter produziert, die zu guten Kennziffern führten, d.h. das Warenangebot wurde eingeschränkt.

Ein weiteres Problem war die Investitionsplanung. Da Kapital lediglich „geronnene Arbeit“ war, wurde der Produktionsfaktor Kapital mit einem zu niedrigen Preis versehen. Das führte, insbesondere in den frühen Jahren, zu einer Verschwendung von Kapital: die Produktion war, sofern genügend Kapital zur Verfügung stand, zu kapitalintensiv. Die Verfügbarkeit wurde politisch determiniert, d.h. politisch gewünschte Bereiche (z.B. Schwerindustrie in den 1950er Jahren, Chemieindustrie in den 1960er Jahren, Elektronik in den 1980er Jahren) wurden mit zuviel Kapital ausgestattet, wohingegen andere Bereiche unter Kapitalmangel litten.

In einer Zentralverwaltungswirtschaft muß möglichst der gesamte Güter- und Geldbestand geplant werden. Dies hat zur Folge, daß Importe und Exporte sowie internationale Geldtransaktionen reguliert werden müssen. Dazu wurde 1949 das Ministerium für Innerdeutschen Handel, Außenhandel und Materialversorgung geschaffen. Für jede grenzüberschreitende Transaktion war eine staatliche Genehmigung notwendig. Die beim Export von Gütern eingenommenen Devisen mußten bei der Zentralbank abgeliefert werden, der Exporteur bekam dafür eine Gutschrift in Mark (einen Devisenmarkt gab es nicht). Andererseits konnten Importeure ihre Waren in Mark bezahlen, d.h. für den Ausgleich der Devisenbilanz waren Zentralbank und Außenhandelsministerium zuständig. Besonders hervorzuheben ist die regionale Integration in Osteuropa: dort entstand der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW); die Außenhandelspläne der Mitgliedsländer wurden aufeinander abgestimmt. Des weiteren war für die DDR der Handel mit der BRD wichtig (umgekehrt nicht), der bereits seit dem 8. Oktober 1949 im Frankfurter Abkommen über den Interzonenhandel

geregelt war. Neuregelungen erfolgten in den Berliner Abkommen von 1951 und 1968. Der vereinbarte Wechselkurs war für die DDR sehr vorteilhaft: 1 DM = 1 M = 1 Verrechnungseinheit. Die Abrechnung erfolgte über die Zentralbanken, die sich gegenseitig einen zinslosen Überziehungskredit einräumten.

III. Die Entwicklung der einzelnen Sektoren

1. Landwirtschaft

Nachdem unmittelbar nach Kriegsende zahlreiche Kleinbauernstellen geschaffen worden waren, kam es 1952-53 zur Kollektivierung großbäuerlichen Besitzes, sowie zu einem stärkeren Druck (Erhöhung des Ablieferungszolls, geringe Zuteilung von Saatmitteln und Dünger, geringe Maschinenkapazität) auf mittelgroße Bauernhöfe. Der von Privatbauern bewirtschaftete Flächenanteil fiel 1952-53 von 93 % auf 74 %. Im Verlauf des Jahrzehnts hielt der Druck auf die Bauern an, so daß 1959 nur noch 52 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche privat beackert wurden. Zu diesem Zeitpunkt wurden nun (fast) alle Klein- und Mittelbauern in Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPG) gezwungen. Die im Frühjahr 1960 folgende „Vollsozialisierung“ führte dazu, daß nur noch 7,6 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche durch vor allem im Nebenerwerb tätige private Bauern genutzt wurde. Die Grundprobleme der Planwirtschaft (fehlende Anreiz- und Kontrollmechanismen) griffen auch in der Landwirtschaft. Die Landarbeiter hatten starke Anreize ihren Arbeitseinsatz innerhalb der LPG zu minimieren und gleichzeitig auf dem verbliebenen Privatbesitz (i.d.R. 0,5 Hektar pro Familie) arbeitsintensive und hochwertige Agrarprodukte (z.B. Gemüse) anzubauen und über den „grauen“ Markt abzusetzen.

2. Industrie und Gewerbe

Im sekundären Sektor setzte sich der Trend zum sozialistischen Eigentum fort. Unmittelbar nach Kriegsende waren zunächst Großbetriebe verstaatlicht worden. Im Verlauf der 1950er Jahre wurden mittelständige Betriebe vor allem durch eine hohe Steuerlast in Kollektivbesitz gedrängt. Eine weitere, ab 1956 mögliche Form der Kollektivierung war die Gründung von Betrieben mit staatlicher Beteiligung (BSB); bei dieser Betriebsform übernahm der Staat einen wesentlichen Kapitalanteil, die unternehmerische Leitung verblieb beim vorherigen Eigentümer. Unternehmerische Anreize blieben somit teilweise erhalten. In den 1960er Jahren ging die Zentrale zunehmend zur Schaffung von Kombinat (sozialistische Großbetriebe) über; 40 % der Industrie waren schließlich in dieser Form organisiert.

Die Demotagen und die unterbrochenen Wirtschaftsbeziehungen mit dem kapitalistischen Ausland führten zu einer Umstrukturierung der Wirtschaft. In den ehemals mitteldeutschen Gebieten war die Schwer- und Investitionsgüterindustrie traditionell schwach vertreten gewesen. Die vorhandenen Anlagen wurden zudem größtenteils demontiert. Folglich mußten nun für den Wiederaufbau der Wirtschaft zunächst Kapazitäten in der Investitionsgüterindustrie geschaffen werden. Demgegenüber

wurde die Konsumgüterindustrie nicht weiterentwickelt. Bis Ende der 1970er Jahre war das Wachstum der Investitionsgüterindustrie etwa 50 % stärker als das Wachstum der Konsumgüterindustrie.

3. Dienstleistungen

Der Bankensektor war bereits 1945 vollständig sozialisiert worden; Privatbanken waren in der DDR nicht aktiv.

Zur Steuerung des Konsumgütervertriebs war zunächst die Sozialisierung des Großhandels notwendig. Über diesen konnte das Angebot des Einzelhandels weitgehend gesteuert werden. Bis 1951 wurden daher Deutsche Handelszentralen (DHZ) errichtet, die den Großhandel komplett übernahmen. Im Einzelhandel ging die Kollektivierung hingegen langsamer vonstatten, vor allem da hier mehr Betriebe und Personen betroffen waren. Zwischen 1948 und 1952 wurden zwei staatliche Einzelhandelsorganisationen geschaffen: die „Handelsorganisation“ (HO) verkaufte (bewirtschaftete) Güter zu hohen Preisen (Abschöpfung von Kaufkraft bei den Privathaushalten), der „Konsum“ verkaufte standardisierte Konsumgüter zu niedrigen Preisen. Mit dieser Aufteilung konnten alle Haushalte ihren Grundbedarf decken (über den „Konsum“), wohingegen hohe Einkommen über die HO abgeschöpft wurden (wichtig für die Geldmengensteuerung).

Die Abschöpfung der Geldmenge über hohe Preise für bewirtschaftete Konsumgüter gelang jedoch nicht. Die Geldmenge stieg ständig, vor allem, da die Löhne zu hoch waren (Kapital war nur „geronnene Arbeit“, also mußte der Relativpreis von Arbeit hoch, derjenige von Kapital niedrig sein). Zudem mißtrauten viele Bürger dem Bankensystem, so daß große Bargeldbestände vorgehalten wurden. Der Staat bereinigte dieses Problem durch einen Zwangsumtausch („Zweite Währungsreform“) im Oktober 1957: je Einwohner wurden 300 M getauscht, darüber hinausgehende Beträge mußten auf Sonderkonten deponiert werden, damit der rechtmäßige Erwerb geprüft werden konnte. Aus Sicht des Staates war die Aktion ein Erfolg: bis Anfang 1958 ging die Geldmenge um ca. 1/3 zurück.

4. Staat

Bis Ende 1950 wurde das Budget der SBZ / DDR von der Besatzungsmacht verabschiedet. Erst mit dem Haushaltsjahr 1951 ging die Finanzhoheit auf die DDR über. Der Staatshaushalt der DDR umfaßte die Ausgaben des Zentralstaates, der Bezirke, Kreise und Gemeinden sowie der volkseigenen Betriebe und der Sozialversicherung. Besteuert wurden nahezu ausschließlich die volkseigenen Betriebe und Genossenschaften; sie trugen 70 – 80 % der gesamten Staatseinnahmen bei. Die werktätige Bevölkerung wurde nur mit sehr niedrigen Steuern belastet. Ihr Beitrag zu den Gesamteinnahmen belief sich auf 5 – 7 %. Dieses System führte zu einer sehr effizienten Steuererhebung, da direkt aus der Buchhaltung der Unternehmen die Steuerzahlungen ermittelt werden konnten. Eine ausgedehnte Finanzverwaltung war daher nicht notwendig. Da die Steuern Kosten für

die Unternehmen darstellten wirkten sie sich direkt auf die Preise aus, d.h. die Steuerlast wurde gleichmäßig auf die Konsumenten verteilt. Dies führte dazu, daß niedrige Einkommen übermäßig belastet wurden, d.h. das Steuersystem der DDR war unsozial.

Ein wesentlicher Teil der Staatsaktivität sind die Sozialversicherungen. Die Verwaltung der Sozialversicherung (Versicherung der Arbeiter und Angestellten gegen Krankheit, Unfall, Alter) oblag größtenteils dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB). Die Versicherung von Bauern, Handwerkern und anderen Selbständigen war ausgegliedert (Sozialversicherung der Produktionsgenossenschaften). Die Beiträge lagen bei etwa 20 % des Lohnes. Die Leistungen waren – außer bei der Krankenversicherung – sehr niedrig. 1989 lag die Invalidenrente im Schnitt bei 481 M pro Monat, die Altersrente bei 446 M pro Monat; das war niedriger als das Existenzminimum.

Literaturlisten seit 1945

- Werner Abelshauser, Wiederaufbau vor dem Marshall-Plan, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 29, 1981, S. 545-578.
- Werner Abelshauser, Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980 (Frankfurt a. M. 1983).
- Moses Abramovitz, Catching Up, Forging Ahead, and Falling Behind, in: Journal of Economic History 46, 1986, S. 86-125.
- George S. Alogoskoufis / Ron Smith, The Phillips Curve, the Persistence of Inflation, and the Lucas Critique - Evidence from Exchange-Rate Regimes, in: American Economic Review 81, 1991, S. 1254-1275.
- Gerold Ambrosius, Wirtschaftlicher Strukturwandel und Technikentwicklung, in: Axel Schildt / Arnold Sywottek, Modernisierung im Wiederaufbau - Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, 1993, S. 107-128.
- Philip Amstrong / Andrew Glyn / John Harrison, Capitalism since 1945 (Oxford 1991).
- William J. Baumol / Sue Anne Beckerman / Edward N. Wolff, Productivity and American Leadership (Cambridge, Ma. 1989).
- Thomas Beißinger, Inflation und Arbeitslosigkeit (Marburg 1996).
- Helge Berger / Albrecht Ritschl, Die Rekonstruktion der Arbeitsteilung in Europa, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 43, 1995, S. 473-519.
- Reinhard Blum, Soziale Marktwirtschaft, in: Willi Alberts, Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft, Bd. 5, 1980, S. 140-152.
- Knut Borchardt / Christoph Buchheim, Die Wirkung des Marshall-Plans in Schlüsselbranchen der deutschen Wirtschaft, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 35, 1987, S. 317-348.
- Michael D. Bordo / Barry Eichengreen, A Retrospective on the Bretton Woods System (Chicago 1993).
- Michael Bordo, Is there a Good Case for a New Bretton Woods International Monetary System, in: American Economic Review, Papers and Proceedings 85, 1995, S. 317-327.
- Wendy Asbeek Brusse, Tariffs, Trade and European Integration 1947-1957 (New York 1997).
- Christoph Buchheim, Die Währungsreform 1948 in Westdeutschland, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 36, 1988, S. 189-209.
- Christoph Buchheim, Die Wiedereingliederung Westdeutschlands in die Weltwirtschaft 1945-1958 (München 1990).
- Wendy Carlin, West Germany, in: Bernard J. Foley, European Economies since the Second World War (London 1998), S. 25-47.
- N. F. R. Crafts / Gianni Toniolo, Postwar Growth - An Overview, in: N. F. R. Crafts / Gianni Toniolo, Economic Growth in Europe since 1945, 1996, S. 1-37.

- Martin J. Dedman, *The Origins and Development of the European Union 1945-1995* (London 1995).
- Gustav Dieckheuer, *Makroökonomik* (Berlin 1995).
- Jürgen B. Donges / Klaus Werner Schatz, *Staatliche Intervention in der Bundesrepublik Deutschland - Umfang, Struktur, Wirkungen*, in: *Kieler Diskussionsbeiträge* 219/220, 1986).
- Rüdiger Dornbusch / Stanley Fischer, *Macroeconomics* (New York 1987).
- Economist, *Bretton Wood Revisited*, 9. Juli 1994.
- Barry Eichengreen, *Europe's Post-War Recovery* (Cambridge, Ma. 1995).
- Barry Eichengreen / Marc Uzan, *The Marshall Plan*, in: *Economic Policy* 14, 1992, S. 13-75.
- Barry Eichengreen, *Epilogue - Three Perspectives on the Bretton Woods System*, in: Michael D. Bordo / Barry Eichengreen, *A Retrospective on the Bretton Woods System*, 1993, S. 621-657.
- Barry Eichengreen, *Institutions and Economic Growth - Europe after World War 2*, in: N. F. R. Crafts / Gianni Toniolo, *Economic Growth in Europe since 1945*, 1996, S. 38-72.
- Barry Eichengreen, *Globalizing Capital - A History of the International Monetary System* (Princeton 1998).
- Barry Eichengreen, *Reconstructing Europe's Trade and Payments - The European Payments Union* (Manchester 1993).
- Robert J. Flanagan / David Soskice / Lloyd Ulman, *Unionism, Economic Stabilization, and Incomes Policies - European Experience* (Washington 1983).
- Wolfgang Franz, *Konjunkturpolitik - Erfahrungen und Perspektiven*, in: *ifo-Studien* ???, 1997, S. 185-194.
- Wolfgang Franz, *Reagan vs. Keynes - Eine Zwischenbilanz der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik*, in: *Jahrbuch für Sozialwissenschaft* 36, 1985, S. 240-261.
- Herbert Giersch / Karl-Heinz Paqué / Holger Schmieding, *The Fading Miracle* (Cambridge 1992).
- Herbert Giersch / Karl-Heinz Paqué / Holger Schmieding, *The Fading Miracle* (Cambridge 1994).
- Dieter Grosser, *Wurden die makroökonomischen Ziele erreicht?*, in: Dieter Grosser, *Soziale Marktwirtschaft Geschichte, Konzept, Leistung*, 1988, S. 74-121.
- Erich Gundlach, *Währungsreform und Wirtschaftliche Entwicklung - Westdeutschland 1948*, in: *Kieler Arbeitspapiere* 286, 1987.
- Gerd Hardach, *Der Marshall-Plan* (München 1994).
- Friedrich-Wilhelm Henning, *Das Industrialisierte Deutschland 1914 bis 1990* (Paderborn 1992).
- Klaus Hinrichs Hennings, *West Germany*, in: Andrea Boltho, *The European Economy - Growth and Crisis*, 1982, S. 471-501.
- Carl-Ludwig Holtfrerich, *Wechselkurssystem und Phillips-Kurve*, in: *Kredit und Kapital* 15, 1981, S. 65-89.
- Ottmar Issing, *Die Lokomotivtheorie - Konvoitheorie*, in: *WiSt* 7, 1978, 15-38.
- Charles P. Kindleberger, *Europe's Postwar Growth - The Role of Labour Supply* (Cambridge, Ma. 1967).
- Rainer Klump, *Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland* (Wiesbaden 1985).
- Alan Kramer, *The West German Economy 1945-1955* (New York 1991).
- Ludger Lindlar / Carl-Ludwig Holtfrerich, *Geography, Exchange Rates and Trade Structures - Germany's Export Performance since the 1950s*, in: *European Review of Economic History* 1, 1997, S. 217-246.
- Ludger Lindlar, *Das mißverständene Wirtschaftswunder* (Tübingen 1997).
- Angus Maddison, *Monitoring the World Economy* (Paris 1995).
- Angus Maddison, *Dynamic Forces in Capitalist Development* (Oxford 1991).

- Gregory N. Mankiw, Makroökonomik (Wiesbaden 1996).
- Paul McCracken, Toward Full Employment and Price Stability (Paris 1977).
- John Stuart Mill, Grundsätze der Politischen Ökonomie (Jena 1924).
- Hans Möller, Die westdeutsche Währungsreform, in: Deutsche Bundesbank, Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876-1975, 1976), S. 433-485.
- Alfred Müller-Armack, Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik - Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Europäischen Integration (Freiburg 1966).
- William D. Nordhaus, The World Wide Wage Explosion, in: Brookings-Papers on Economic Activity 2, 1972, S. 431-464.
- Jürgen Paetzhold, Stabilisierungspolitik - Grundlagen der nachfrage- und angebotsorientierten Wirtschaftspolitik (Bern 1993).
- Rolf Rettig, Grundlagen und Grenzen der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik, in: Die Sparkasse 103, 1986, S. 503-506.
- Bernd Rohwer, Der Konjunkturaufschwung 1983-1986 - Ein Erfolg des wirtschaftspolitischen Kurswechsels der christlich-liberalen Koalition?, in: Konjunkturpolitik 32, 1986, S. 325-348.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Stuttgart und Mainz, laufende Jahresgutachten, besonders 1989/90).
- Klaus Werner Schatz, Globalsteuerung und Angebotspolitik, in: Manfred E. Streit, Wirtschaftspolitik zwischen ökonomischer und politischer Rationalität, 1988, S. 187-210.
- Andrew Shonfield, Modern Capitalism (London 1965).
- Gerlinde Sinn / Hans-Werner Sinn, Kaltstart (München 1993).
- Wolfgang F. Stolper / Karl W. Roskamp, Planning a Free Economy, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 135, 1979, S. 374-404.
- Peter Temin, The ‚Koreaboom‘ in West Germany - Fact or Fiction, in: Economic History Review 48, 1995, S. 737-753.
- Kathleen A. Thelen, Union of Parts - Labour Politics in Postwar Germany (Ithaca 1991).
- Otto Vogel, Wirtschaftspolitik der achtziger Jahre - Leitbilder und Strategien (Köln 1982).
- Helmut Wagner, Einführung in die Weltwirtschaftspolitik (München 1991).
- Christian Watrin, The Principles of the Social Market Economy - Its Origins and Early History, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 135, 1979, S. 405-425.